

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

2. Sitzung

18.09.15

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

2. Sitzung

am 18. September 2015

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinnens (CDU)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Remkes (ALFA-Gruppe Bremen)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Herr Dr. Sommer)	von der Senatskanzlei
Frau Sokol)	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller)	vom Rechnungshof der Freien
Frau Dr. Otten)	Hansestadt Bremen

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Fehren)	
Herr Heldt)	
Herr Jablonski)	
Herr Meyer)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Oberdörfer)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Schüttrumpf)	
Herr Steinkopff)	
Herr Sommer)	
Herr Trottnow)	
Frau Wolff		vom Senator für Justiz und Verfassung
Frau Waßmann		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Kahn		von der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport
Herr Drücker)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit
Herr Peters)	und Häfen
Herr Dr. Kühling)	
Frau Geber)	WFB Wirtschaftsförderung
Herr Haustein)	Bremen GmbH
Frau Hülsmeier)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Gmajnic		von der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
Herr Hömpler		von der CDU-Fraktion
Frau Müller		von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Restat		von der Fraktion DIE LINKE
Herr Bansemer		von der FDP-Fraktion
Herr Dinklage		Praktikant bei der CDU-Fraktion
Herr Castendiek		Praktikant bei der Bürgerschaftskanzlei
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.58 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokoll

1. Protokoll der 1. Sitzung am 24. Juli 2015

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 1. Sitzung am 24. Juli 2015.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 24. Juli 2015 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Sonstiges

3.1 Termine 2015 (2. Halbjahr) - Vorlage vom 8. September 2015 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2015 (2. Halbjahr).

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Verfahrensvereinfachungen für Errichtungen von Flüchtlingsunterkünften:

hier: Aussetzung des Punkts 3.3.3.1 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften

- Vorlage 19/7 S -

- Hinweis: Der Vorlage wurde im Rahmen der Regelung gem. Ziffer 17 Absatz 2 der Verfahrensordnung zugestimmt. -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig, dass Punkt 3.3.3.1 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben für temporär zu errichtende bauliche Anlagen, die zur Unterkunft von Flüchtlingen dienen (z. B. Wohnungscontainer, Traglufthallen) bis zum 31. Dezember 2016 ausgesetzt wird. Voraussetzungen um mit der Bauausführung zu beginnen, bleiben jedoch, dass öffentlich-rechtliche Anforderungen, die der Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner dienen, in Kraft bleiben und die Gesamtfinanzierung (Erklärung des zuständigen Bedarfsträgers) gesichert ist.

2.2 Übersicht über Tilgungsausgaben für Großinvestitionen bis 2020 Anfrage der Fraktion „Die Linke“

- Vorlage 19/9 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beantwortung der Berichtsbite zu den Tilgungsausgaben für Großinvestitionen bis 2020 zur Kenntnis.

2.3 Anpassung der Liegegebühren Schlachte und Tiefer hier: Berichtsbite Nr. 20 der Auftragsliste

- Vorlage 19/10 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tages-

ordnungspunkt 2.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der vom Fachressort gewünschten Terminverschiebung auf die November-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu.

**2.4 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2015
- Vorlage 19/11 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.4, kommt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

**2.5 Bericht über die noch nicht begonnenen Investitionsvorhaben
- Vorlage 19/12 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.5, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die noch nicht begonnenen Investitionsvorhaben zur Kenntnis.

**2.6 Bericht über valutierende Verpflichtungsermächtigungen des Landes
und der Stadtgemeinde Bremen zum 30. Juni 2015
- Vorlage 19/13 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.6, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Höhe der valutierenden Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zum 30. Juni 2015 zur Kenntnis.

**2.7 Beteiligungsbericht 2013 und Beteiligungsübersicht 2015 der Freien
Hansestadt Bremen
- Vorlage 19/14 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.7, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Beteiligungsbericht 2013 und die Beteiligungsübersicht 2015 der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

**2.8 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2015
- Vorlage 19/15 S -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

**2.9 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur
Jährliche Berichterstattung zum Fortgang und fiskalischen Erfolg des Nachfolgeprogramms „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“
- Vorlage 19/16 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.9, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für Finanzen über das Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ zur Kenntnis.

**2.10 Fristverlängerung für Berichtsbitten des Senators für Inneres
hier: Berichtsbitten der lfd. Nr. 14 und 21 der Auftragsliste
- Vorlage 19/17 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.10, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Fristverlängerung für die beiden Berichtsbitten lfd. Nr. 14 und 21 der Auftragsliste zur Kenntnis und bittet den Senator für Inneres, die entsprechenden Berichte in seiner Sitzung am 9. Oktober 2015 vorzulegen.

**2.15 Entwicklung Ansgariquartier
Berichtsbitte lfd. Nr. 2 (2) der Auftragsliste**

Herr Dr. Kühling berichtet, für den Kauf des Lloydhofs seien seinerzeit circa 25 Millionen Euro aufgewendet worden. Darüber hinaus seien bislang für die Entwicklung des Ansgariquartiers Ausschreibungs-/Planungskosten in Höhe von circa 720.000 Euro angefallen. Hervorzuheben sei, dass zumindest die mit dem Erwerb verbundenen Finanzierungskosten als auch die Ausschreibungs-/Planungskosten bislang noch aus den laufenden Einnahmen des Lloydhofs gedeckt werden. Eine Zurückführung des Kaufpreises aus den laufenden Einnahmen des Lloydhofs sei dagegen nicht möglich.

Derzeit werde drüber hinaus ein neuer Wirtschaftsplan erstellt, der sich auch mit dem zukünftigen Umgang der laufenden Kosten, insbesondere auch der Finanzierungskosten, befasse. Darüber hinaus sei man bemüht, einen Leerstand im Objekt zu vermeiden. Dies geschehe insbesondere durch teilweise Nutzung des Objekts durch das Bauressort und für die Unterbringung von Flüchtlingen.

Abg. Herr Eckhoff fragt, wann der Wirtschaftsplan vorliege.

Herr Dr. Kühling antwortet, er gehe gegenwärtig davon aus, dass dies im Herbst 2015 der Fall sei und dieser gegebenenfalls Ende des Jahres dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt werden könne.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Rupp ergänzt **Herr Dr. Kühling**, dass derzeit durch das Fachressort eine Neuausrichtung des Projekts geprüft werde. Hierzu gehöre zunächst die Erarbeitung eines Zwischennutzungskonzepts, um Leerstände zu vermeiden. Darüber hinaus werde ein Arbeitsgremium eingerichtet, um Perspektiven der Entwicklung des Ansgariquartiers zu prüfen. Zu welchen Ergebnissen dieses Arbeitsgremium gelangen werde, sei heute nicht absehbar. Grundsätzliche Möglichkeiten seien insbesondere eine Neuausschreibung, eine Zurücksetzung des bisherigen Ausschreibungsverfahrens, um Neuverhandlungen mit bereits aus dem Ausschreibungsverfahren ausgeschiedenen Bietern zu ermöglichen, oder eine völlig neue Art der Vermarktung des Objekts.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den mündlichen Bericht des Ressorts zur Kenntnis und bittet zur Dezember-Sitzung unter Berücksichtigung des aktuellen Wirtschaftsplans um einen neuen Sachstandsbericht.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- keine Vorlagen -

**4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

4.1. Produktgruppe 07.90.04

**hier: Nachbewilligung für die zentrale Innenrevision des Innenressorts
in der senatorischen Dienststelle
- Vorlage 19/18 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Nachbewilligung über 117.921,23 Euro (2 VZE) aus Ressortmitteln des Produktplans 07 zu und bittet den Senator für Inneres sowie die Senatorin für Finanzen um die haushaltstechnische Umsetzung.

**4.2 Einrichtung einer neuen Produktgruppe 41.05.01 – „Grundsicherung im
Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII Bundesauftragsverwaltung“
- Vorlage 19/19 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Einrichtung der neuen Produktgruppe 41.05.01 „GSiAE SGB XII Bundesauftragsverwaltung“ zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

4.3 Produktgruppe 96.01.01 IT-Budget

**hier: Nachbewilligung sowie Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für das Projekt E-Rechnung
- Vorlage 19/20 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Umsetzung des Projekts E-Rechnung mit einem Gesamtkostenvolumen von 3.600.000 € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig einer Nachbewilligung in Höhe von 200.000 € auf der Haushaltstelle. 0900/422 01-6 „Bezüge planmäßiger Beamter und Richter“ und deren Deckung durch Entnahme aus der Budgetrücklage des Produktplans 91 Finanzen/Personal im Landeshaushalt in Höhe von 200.000 € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Finanzen die für die Rücklagenentnahme erforderliche Liquidität darstellen wird.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.400.000 € (Land: 1.672.200 € und Stadt: 1.728.000 €) bei der Haushaltsstelle 0950/812 07-9 „Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt E-Rechnung (Land)“ mit Abdeckung in den Jahren 2016 (960.000 €), 2017 (520.000 €), 2018 (96.000 €) und 2019 (96.000 €) und bei der Haushaltsstelle 3950/812 07-8 „Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt E-Rechnung (Stadtgemeinde) mit Abdeckung in den Jahren 2016 (1.040.000 €), 2017 (480.000 €), 2018 (104.000 €) und 2019 (104.000 €) zu.

Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilten Verpflichtungsermächtigungen dürfen die in den Haushalten der Freien Hansestadt Bremen 2015 (Land und Stadt) „Allgemeines“ bei den Haushaltsstellen 0995/790 10-6 und 3995/790 10-5, „Investitionsreserve“, global veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in entsprechender Höhe (Land: 1.672.200 € und Stadt: 1.728.000 €) nicht erteilt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Beauftragung externer Beratungsleistungen für das Projekt E-Rechnung in einem Umfang von bis zu 280.000 € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, jährlich einen Zwischenbericht vorzulegen (erstmalig zur Sitzung im November 2016).

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, zum Abschluss des Projektes eine Gesamterfolgskontrolle vorzulegen.

4.4 Produktplan 71; Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung hier: Gewerbeflächenfonds; Sonstiges Sondervermögen Überseestadt Ausgleichsmaßnahmen an der Lesum - Vorlage 19/21 S -

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

**4.5 Produktplan 81; Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung
hier: SV Hafen; Bremische Hafeneisenbahn:
Mehrkosten für die Erweiterung der Vorstellgruppe Imsumer Deich
- Vorlage 19/22 S -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

4.6 Unterbringung von Asylbewerber/innen: Interims-Vergabe bei der Container- und Modulbautenbeschaffung und Schaffung von Standorten in Holzrahmenbauweise

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der kurzfristigen Beschaffung von Flüchtlingsunterkünften (Container- und Modulbauten sowie Standorte in Holzrahmenbauweise) durch ein Interimsvergabeverfahren zu, um eine zeitnähere Beschaffung der Mobilbauten sicherstellen zu können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 25,2 Mio. € in 2015 und 27,7 Mio. € in 2016 zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen einstimmig, die Finanzierung für 2015 i. H. v. 25,2 Mio. € in den Entwurf eines Nachtrags Haushaltes für das Jahr 2015 einzubeziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 27,7 Mio. € für 2016 zu und bittet die Senatorin für Finanzen den zusätzlichen Bedarf für 2016 bei der Haushaltsaufstellung 2016/2017 im Rahmen der Investitionsplanung zu berücksichtigen.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

**5.1 Prognose der Versorgungskosten in der Finanzplanung bis zum Haushaltsjahr 2020 und Entwicklung des Versorgungsvolumens im Kernhaushalt bis zum Jahr 2035
hier: Berichtsbitte der Fraktion „DIE LINKE“ vom 13.08.2015 zur Beantwortung in der Septembersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Vorlage 19/23 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Prognose der Versorgungskosten in der Finanzplanung bis zum Haushaltsjahr 2020 und Ent-

wicklung des Versorgungsvolumens im Kernhaushalt bis zum Jahr 2035 zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE vom 13. August 2015 als erledigt an.

**5.2 Evaluation des Zweiten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie Lösungskonzept der Ressortmehrbedarfe für das 2. Halbjahr 2015 (Drittes Sofortprogramm)
- Vorlage 19/24 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatsvorlage „Evaluation des Zweiten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie Lösungskonzept der Ressortmehrbedarfe für das 2. Halbjahr 2015 (Drittes Sofortprogramm)“ zur Kenntnis und stimmt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung des Abgeordneten Herrn Prof. Dr. Hilz (FDP) sowie des Abgeordneten Herrn Remkes (ALFA-Gruppe Bremen) der vorgeschlagenen zusätzlichen Mittelbereitstellung für das „Dritte Sofortprogramm“ im Jahr 2015 in Höhe von insgesamt rd. 3,92 Mio. € und rd. 300 VZE zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung des Abgeordneten Herrn Prof. Dr. Hilz (FDP) sowie des Abgeordneten Herrn Remkes (ALFA-Gruppe Bremen) der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 6,299 Mio. € p.a. zur haushaltsmäßigen Absicherung in 2016 ff zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, die vom Bund in Aussicht gestellten rd. 5,2 Mio. € Entlastungsmittel für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik (500 Mio. € Bundesmittel, 2. Tranche) entsprechend der tatsächlichen Zuweisung der Flüchtlinge an die Stadtgemeinden (davon rd. 4,2 Mio. € an Bremen und rd. 1,0 Mio. € an Bremerhaven) weiterzuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet nach der Senatsbefassung zur aktualisierten Zugangsprognose im Oktober 2015 für das Jahr 2016 um erneuten Bericht

sowie einen Finanzierungsvorschlag für die Mittelbereitstellung ab 2016 f.

5.3 Umsetzung des ESF-Bundesprogrammes Biwaq (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) in der Stadtgemeinde
- Vorlage 19/25 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP bei Enthaltung des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) und des Abgeordneten Herrn Remkes (ALFA-Gruppe-Bremen) der Einrichtung einer zusätzlichen bis 2018 befristeten Stelle der Entgeltgruppe 8 TV-L in Höhe von rd. 46.000 Euro p. a. für das Programm Biwaq zu. Die Stelle wird aus Bundesmitteln refinanziert und befristet bis Ende Dezember 2018 eingerichtet.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des sonstigen Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt)
- Vorlage 19/26 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stellt den Jahresabschluss 2014 mit einem Verlust in Höhe von 1.330.515,65 Euro fest und stimmt einstimmig der Bildung eines Verlustvortrags in entsprechender Höhe zu. Insgesamt weist das Sondervermögen (Stadt) damit einen Bilanzgewinn in Höhe von 10.107.984,17 Euro aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) erteilt der Geschäftsführerin der Immobilien Bremen AÖR, Frau Andrea Jost, als Geschäftsbesorgerin des Sondervermögens einstimmig die Entlastung für das Geschäftsjahr 2014.

7. Sonstiges

7.1 Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2012 - 2014

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkt in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 7.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2012 - 2014 zur Kenntnis.

IV. Verschiedenes

- keine Vorlagen -

(Schluss des öffentlichen Teils um 16.10 Uhr.)

Nicht öffentlicher Teil

Abg. Herr Eckhoff eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 16.14 Uhr.

IV. Verschiedenes

- keine Vorlagen -

(Schluss der Sitzung 16.28 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender

Anlage